

Dienstag, den 18. Juni 1935

Nr. 165 Jahrgang 13

Oplata pocztowa uiszczona ryczałtem.

Einzelnummer 10 Groschen

Lodzer

# Wolkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille  
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:  
Lodz, Petritauer Straße 109  
Telephon 136-90 — Postleitzahl 63-508  
Słottowice, Plebiscytowa 35; Bielsk, Republika 4

Volksstimme  
Bielsk-Biala u. Umgebung

## Deutschland zahlt für Nazi-Schäden

Im gekürzten „Dziennik Ustaw“ sind die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Entschädigung für Schäden, die polnische Staatsbürger durch den nationalsozialistischen Umsturz in Deutschland erlitten haben, erschienen. Im Sinne dieser Vorschriften haben alle diejenigen Personen polnischer Staatszugehörigkeit Anspruch auf Entschädigung, die während des Umsturzes materiellen oder moralischen Schaden sei es durch Übergriffe der Behörden in Deutschland oder durch Unruhen erlitten haben. Die Geschädigten müssen bei den zuständigen Gerichten Entschädigungsansprüche einreichen. Der endgültige

Termin zur Erhebung derartiger Entschädigungsforderungen ist bis zum 30. September verlängert worden.

### Wahlterror in Danzig gerichtlich bestätigt

Vor dem Danziger Gericht hatten sich 11 Mitglieder der nationalsozialistischen Partei aus Woszic zu verantworten, die angeklagt waren, in der Wahlzeit die Wohnungen von drei Sozialdemokraten überfallen, die Fenster eingeschlagen und die Wohnungseinrichtung vernichtet zu haben. Zwei angeklagte Naziterroristen wurden zu je vier Wochen und die übrigen zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

## Der Gewaltstreich in Nordchina.

Der japanische Außenminister bezeichnet den Gewaltstreich als eine Eigenmächtigkeit der Militärs. — Er sättigt über die Besetzung Hopei.

Paris, 17. Juni. Havas berichtet aus London: Wie der britische Botschafter in Tokio berichtet, hat der japanische Außenminister erklärt, daß die Aktion in Nordchina durch die japanischen Militärbehörden ohne seine Einwilligung begonnen und vollzogen wurde. Er sei vor die bereits vollzogene Tatsache gestellt worden und habe der Forderung der Militärbehörden nach Zurückziehung der chinesischen Truppen aus der Provinz Hopei und nach Durchführung einer Aenderung der Verwaltung lediglich post factum zugestimmt. Demgegenüber lehne er seine Zustimmung zu den vom japanischen Generalstab gegenüber der Provinz Tschahar angewandten Mitteln ab.

Tokio, 17. Juni. In den dem japanischen Außenministerium nahestehenden Kreisen ist man der Ansicht, daß der Streit in Nordchina zwischen den japanischen und chinesischen Militärbehörden auf Grund des in Tang-Ku unterzeichneten Waffenstillstandes beigelegt werden müßte. Dagegen soll die Frage der Ermordung von zwei chinesischen Journalisten in der japanischen Konzessionszone durch chinesische Terroristen auf diplomatischem Wege geregelt werden.

### Alle japanischen Forderungen in Hopei erfüllt.

Tokio, 17. Juni. Die Agentur Rango berichtet: Wie aus den aus Peiping eintreffenden Meldungen hervorgeht, haben die chinesischen Behörden tatsächlich alle Forderungen der japanischen Militärs erfüllt. Was die 255. chinesische Division betrifft, die sich noch in dem für die entmilitarisierte Zone bestimmten Gebiet befindet, so verläßt diese morgen Hopei, während die Evaluierung der 2. Division am 20. Juni beendet sein soll. Das politische Institut, das als japanfeindlicher Agitationsmittelpunkt in China gilt, wird aufgelöst. Der Gouverneur der Provinz Hopei verläßt mit seinen Truppen die Provinz.

Tientsin, 17. Juni. Nachdem die Aktion der japanischen Truppen in der nordchinesischen Provinz Hopei vollkommen durchgeführt wurde, haben die Japaner ihre Aktion gegenüber der Provinz Tschahar beschränkt. Sie haben hier an die chinesischen Behörden einige Forderungen gestellt, nach deren Erfüllung sie auf weitere Aktionen verzichten wollen. U.a. verlangen die Japaner von der Regierung der Provinz Tschahar die Entlassung des Kommandeurs der 132. Division, die Bestrafung des Vorsitzenden des Kriegsgerichts dieser Division und Sicherung der Bewegungsfreiheit für die Japaner in der inneren Mongolei.

Mukden, 17. Juni. Das japanische Oberkommando hat die Telegraphenlinie Schanghaiwan-Tientsin militärisch besetzt.

Ein neuer Zwischenfall an der mandschurischen Grenze.

Hsing-King, 17. Juni. Der Kommandeur einer mandschurischen Infanteriedivision hat in Begleitung des Bizegouverneurs der Provinz Tschahol eine Inspektion der Grenzen der Provinzen Tschahol und Tschahar durchgeführt. Als sich das Auto in der Nähe von Tawang-miao an der chinesischen Grenze befand, schob die chinesische Grenzwache auf das Auto. Der Chauffeur wurde getötet. Es wurde festgestellt, daß sich das Auto noch auf mandschurischem Territorium befand. Japanische und mandschurische Kreise weisen auf diesen Zwischenfall als auf einen neuen Fall der Verlegerungen der Grenze durch China hin.

### Chinesischer General hingerichtet.

Kanton, 17. Juni. Ganz plötzlich wurde heute General Thaitenghui, der der Leiter der Aktion gegen die chinesischen Piraten gewesen ist, sowie sein Generalstabschef hingerichtet. Es hat sich herausgestellt, daß die beiden mit den Piraten, statt sie zu bekämpfen, gemeinsame Sache gemacht haben.

### Englands Außenminister über die Lage in China.

London, 17. Juni. Nach Beendigung der Pfingstserien traten die beiden Häuser des englischen Parlaments am Montag wieder zusammen. Die Sitzung des Unterhauses erhielt ihre besondere Prägung durch das erstmalige Erscheinen der Mitglieder der neuen Regierung.

Auf eine Anfrage nach der Lage in China antwortete Außenminister Sir Samuel Hoare, seit einigen Monaten seien in der wirtschaftlichen Lage Chinas offenkundige Schwierigkeiten eingetreten, die durch das kürzliche Anziehen des Silberpreises eine weitere Verstärkung erfahren hatten. Es sei bekannt, daß die britische Regierung die Entwicklung mit Interesse verfolge, und sie habe jetzt veranlaßt, daß der wirtschaftliche Finanzberater der britischen Regierung Sir Leith-Roz sich sobald wie möglich nach China begebe, um die britische Regierung über die Lage zu unterrichten. Trotz der Finanzkrise sei die politische Lage in den letzten Monaten nicht ungünstig gewesen. In Nordchina habe in den letzten zwei Wochen allerdings eine beunruhigende Entwicklung Platz gegriffen. In gewissen Einzelheiten widersprechen sich die Berichte und die Lage sei schnellen Aenderungen ausgesetzt. Hoare teilte schließlich mit, daß er durch Vermittlung der britischen diplomatischen Vertreter in Tokio und Nanking mit der japanischen und chinesischen Regierung in Verbindung stehe und daß der Meinungsaustausch zur Zeit noch andauere.

## Jugend und Krieg.

Schwarz- und braunbehelmte Abenteurer, die eine unglückliche Zeit zu Staatslernern gemacht hat, empfehlen sich der Welt als Erlöser und verkünden laut und marktschreierisch, daß nur sie die Welt vor dem Untergang retten werden. Sie haben in Durchführung ihres Programms die Arbeiterorganisationen zerstört, die Jahrzehntelangen mühevollen Errungenschaften der Arbeiterschaft zunichte gemacht, die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft eingekettet und den unmenschlichsten Folterungen und Torturen ausgeführt.

Diese neuen Meßiasen schreien es laut in die Welt hinaus: der Klassenkampf sei eine marxistische Erfindung und nur die Klassenharmonie zwischen Kapitalisten und Arbeitern könne der Nation und dem Einzelnen Glück und Wohlstand bringen. Doch wird die Arbeiterschaft es ihnen eines Tages beweisen, daß ihre Rechnung ein riesengroßes Loch aufweist.

Da es ihnen unmöglich ist, ihre lächerlichen Versprechungen zu erfüllen und da ihre Länder sich dem materiellen und moralischen Bankrott mit Riesenschritten nähern und die Unzufriedenheit der Masse von Tag zu Tag wächst, suchen sie ihr Heil in einem neuen Krieg. Sie suchen die Unzufriedenheit auf ein anderes Geleise zu schieben und außerdem brauchen die Kapitalisten Rohstoffquellen und Absatzgebiete. Sie rüsten auf, sie provozieren den Gegner. Im Lande wird wieder Kriegsstimmung erzeugt. Der Krieg wird verherrlicht und mit einem romantischen Nimbus umgeben.

Wer zuerst auf diese Mordpropaganda hereinfällt, ist die Jugend. Diese unglückliche Jugend, hineingeboren in eine Zeit, in der sie weder Verdienst noch Entwicklungsmöglichkeiten hat, ist zum großen Teile der Kriegspsychose des Faschismus verfallen. Nicht nur aus Tatendrang und Unzufriedenheit, sondern auch aus Unkenntnis der Ursachen und der Grausamkeit eines modernen Krieges. Die jungen Menschen wissen nicht, daß in den Jahren 1914—1918 zehn Millionen Menschen getötet wurden und zwanzig Millionen Menschen zu Kriegstrüppeln und Invaliden gemacht wurden. Wie viele Millionen Menschen würde erst ein Krieg mit den neuesten Waffen fordern? Der neue Krieg wird in seiner Struktur und in seinem Wesen ein ganz anderer sein, als der von 1914. Der Krieg von 1914 war zum größten Teile ein Frontkrieg, der jetzige Krieg wird ein ausgesprochener Vernichtungskrieg sein, ein technisches Morden. Der Krieg von Morgen wird ein Gas- und Luftkrieg sein. Bei diesem Kriege wird das Hinterland aktiv, vor allem aber passiv mitwirken. Das Hinterland wird die notwendigen Kriegsmaterialien produzieren müssen, damit die Front nicht an Kriegsstoffmangel leiden soll. Daraus folgt, daß der Feind ein eben solches, wenn nicht gar ein noch größeres Interesse haben wird, das Hinterland unschädlich zu machen, wie die Front selbst. Der kommende Krieg wird sich also nicht mehr gegen die waffenträgenden Männer richten, sondern auch gegen Frauen, Greise und Kinder, kurz gegen die Bevölkerung des Hinterlandes.

So wird ein moderner Krieg aussehen. Der Jugendliche weiß dies aber nicht. Und da Aufklärungsarbeit in den faschistischen Ländern nicht geleistet werden kann, ist die Jugend der Kriegspropaganda der bezahlten Scharlatane vollkommen ausgeliefert. Und diese Jugend wird mit Schlachtfesten und mit patriotisch vernebeltem Kopfe in den Krieg ziehen, um sich für die heilige Sache des Profits totzschießen zu lassen. Und erst im Dreck des Schützengrabens und angesichts des wahnwitzigen Mordeins wird die Jugend erkennen, daß sie sich für den Profit des Kapitalismus geopfert hat. Und sie wird, wenn dann noch Zeit ist, die Konsequenzen ziehen. Dann aber, wehe den Kriegshezern!

### 40 000 Tote in der Gegend von Quetta

In der Fragezeit gab auch der Unterstaatssekretär für Indien eine Erklärung über das Erdbeben in Quetta ab. Nach amtlichen Schätzungen wird in den von der Katastrophe betroffenen Landstrichen eine Totenzahl von über 40 000 bestätigt, davon sind 190 Europäer.

## Mussolini einst und jetzt.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Unter der Überschrift "Die Apotheose des Bluffs" schrieb der Chefredakteur des sozialdemokratischen "Avanti", Benito Mussolini, über einige Lumbgebungen für den Kolonialkrieg in Libyen am 21. Januar 1913:

Die Paraden von Neapel und Rom müssen als Symptom der gegenwärtig festzustellenden Tendenz der italienischen Monarchie, zu einem Militarismus großen Stils zurückzuführen, gewertet werden, jenes Militarismus wie ihn Crispi und König Humbert vor Abba Garima (große Niederlage der Italiener im abessinischen Krieg 1896) anstreben.

Die Monarchie lässt also ihre trügende demokratische Maske fallen, welche ihr dazu diente, die Opposition im Inland zu verschlagen, und wirft sich dem Militarismus, der zur vorherrschenden Macht im Leben der Nation wird, in die Arme. Das wird sich eindeutig zeigen, wenn die ersten Volksbewegungen spürbar, wenn Belagerungszustand und Kriegsgerichte in Funktion treten werden.

Heute stehen wir vor dem Schauspiel, daß das offizielle, national-konservativ-selbstuale Italien sich vor der Säbelherrschaft beugt, das Heer zur Schule des Volkes wird. Wir haben diese Pervertierung der Moral vorausgesehen und wundern uns nicht. Alles dies ist selbstverständlich. Aber es täuschen sich jene, die diese militärische Vormachtstellung für ein Zeichen der Kraft halten. Das wäre durch nichts gerechtfertigt. Starke Völker haben es nicht nötig, einen inhaltlosen Karneval, wie er derzeit die italienische Presse in Entzücken versetzt, zu veranstalten. Starke Völker haben Sinn für Beschränkung. Das nationalistisch-militärische Italien zeigt, daß es ihn nicht besitzt. Daher wird jede Episode des Feldzuges zur großen Schlacht, jeder Teilerfolg zum triumphalen Endtag und jeder General — sei er auch taub wie Peconi Girosi — zum Scipio oder Napoleon. Dabei macht man aus einem niederrächtigen Knaublitz römische Triumphhe ...

## 1225 Jahre Kerkerstrafen in fünf Monaten ausgesprochen.

Da im Hitlerlande eine durchhbare Klassejustiz herrscht, so konzentriert sich die Empörung aller Gerechtigkeitsdienste zur Zeit in dieser Richtung. Und doch wütet im fachistischen Italien die Ausnahmegerichte unvermindert. So sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 225 Antifaschisten zu mehr als 1225 Jahren Kerker verurteilt worden. Insgesamt sind in weniger als neun Jahren 3500 Angeklagte vom Sondergericht zu mehr als 13 000 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

## Italien erwartet Nichteinmischung des Völkerbundes.

Es will über sein Unternehmen in Abessinien ganz allein bestimmen.

Mai 1935, 17. Juni. Die Ereignisse im Fernen Osten bieten der italienischen Presse willkommene Gelegenheit, den Abstand zwischen Italien und dem Völkerbund zu vergrößern. Unser deutlicher wird gesagt, daß Italien bei der durch Mussolini angeläufigten Ablösung mit Abessinien die gleiche Nachsicht und Nichteinmischung des Völkerbundes erwartet, die dessen Stellungnahme zu den Ereignissen im Fernen Osten kennzeichnen, daß aber anderthalb Italien ohne weiteres wie Japan und Deutschland im gegebenen Augenblick dem Völkerbund den Rücken fehren werde. In diesem Sinne verweist der "Corriere della Sera" auf die Umständlichkeit der Auseinandersetzungen in Genua und die jedesmal zu beobachtende Vereinfachung, sobald sich ein Mitglied aufzoffre, dieser Körperschaft die Stichhaltigkeit der Beweggründe statt mit Worten durch Taten zu beweisen. Italien habe bereits unmissverständlich erklärt, daß es sich das Recht vorbehalte, den Augenblick, die Art und Weise und den Umfang seines Unternehmens gegen Abessinien selber zu bestimmen.

## Russisch-rumänische Parlverhandlungen.

Titulescu wird nach Moskau fahren.

Bukarest, 17. Juni. Zwischen dem rumänischen Außenministerium und dem russischen Außenkommissariat schwelen Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages in dem Sinne, daß für den Fall, daß Deutschland über Österreich-Ungarn erreichen sollte, um den mittteleuropäischen Vertragsstatus umzustürzen, Jugland an der Seite Rumäniens, bzw. an der Seite der Kleinen Entente eingreift. Die Verhandlungen über diesen Vertrag, welcher nicht nur dem allgemeinen Streben nach der erhöhten Friedensicherung entspricht, sondern für Rumänien nach der Garantie der bessarabischen Grenze auch die Garantie der siebenbürgischen Grenze bedient, werden zugleich in Bukarest und in Moskau geführt. Zur oder nach der Unterzeichnung dieses Vertrages dürfte Titulescu nach Moskau kommen.

## Das Ende einer Sozialen Illusion.

Roosevelts sozial-wirtschaftliches Aufbausystem läuft auf.

Washington, 17. Juni. Am Montag trat das neue NRA-Gesetz (Wiederaufbaugesetz), das die bisherigen NRA-Befreiungen erheblich einschränkt und nur ein statistisches und beratendes Industrieamt stribigt, in Kraft.

Das neue NRA-Gesetz gibt Roosevelt die Möglichkeit, im nächsten Jahr, falls das amerikanische Volk, wie er hofft, ihm bei der Präsidentenwahl Recht gibt, ein neues reformiertes NRA-System leichter aufzubauen, da inzwischen die Statistik über die Ergebnisse der Arbeiten des alten NRA-Gesetzes aufgestellt und ausgewertet werden kann.

Der Präsident Roosevelt großer Verlust, die Privatwirtschaft durch behördliche Kontrolle in geregelter Bahnen zu leiten und dadurch die selbstmörderische Konkurrenz auszumerzen und die Arbeitslosigkeit zu beheben, ist dadurch nach zweijähriger Dauer zu Ende gegangen. Zu den Kritikern gegen Eingriffe in die kapitalistische Produktion und Handel, die Roosevelt durch die "NRA"-Verwaltung vornahm, gesellte sich bekanntlich auch das Oberste Bundesgericht, das entschied, daß der Präsident und seine Regierung sich nicht um die Verhältnisse in den einzelnen Staaten kümmern dürfen.

Der Präsident hatte vor zwei Jahren von den par-

mentarischen Instanzen außerordentlich weitgehende Vollmachten erhalten, mit deren Hilfe er den gewaltigen Apparat des "NRA" ins Leben rief. Roosevelt wollte durch soziale Gesetze und Verordnungen — es sind solche über 500 an der Zahl erlassen worden — die mirre kapitalistische Wirtschaft regeln und den sozialen Frieden herstellen. Gegen die Eingriffe wandten sich aber bald die Kapitalisten und sie gingen dann zum offenen Kampf über. Die Arbeiter, die zu einem gewissen Grade die Bemühungen Roosevelts unterstützten, wurden sich bald bewußt, daß durch die Beschleunigung des Profits allein, ohne Abschaffung der Ausbeutung, der Weg nicht zum Ziele führt. Es zeigte sich auch in Amerika, daß der Kapitalismus nicht durch halbe Maßnahmen zu bekämpfen ist. Die Roosevelt'schen wirtschaftlichen und sozialen Reformen haben sich mit dem Wesen des Kapitalismus als selinem unvereinbar erwiesen. Und die Anfertigung der amerikanischen Wirtschaft, wie sie einige Zeit hindurch in Erscheinung getreten ist, war kein organischer, sondern ein künstlicher Vorgang.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika beginnt der Kampf erneut um Wohlmachungen über Löhne, Arbeitszeiten, Konkurrenzmethoden, Kollektivverträge u. a. m. — der Kampf ums Ganze zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus.

## Torglers Freilassung bestätigt.

Auf Grund einer Intervention von Frau Maria Reese freigelassen.

Berlin, 17. Juni. Das Propagandaministerium hat auf Anfragen die Tatsache bestätigt, daß sich der ehemalige kommunistische Reichstagabgeordnete Torgler in Freiheit befindet. Dessen ungeachtet dürfen die reichsdeutschen Blätter nicht darüber berichten. Das Deutsche Nachrichtenbüro hat gestern an die Redaktionen die vertrauliche Weisung herausgegeben, daß sie von der Freilassung des Hauptangeklagten im Reichstagsbrandprozeß vorläufig keine Kenntnis nehmen sollen.

Wie noch bekannt wird, soll die Entlassung Torglers aus dem Gefängnis Plötzensee auf eine Intervention von Maria Reese zurückgehen. Frau Reese, die eine persönliche Freundin Torglers ist, hat eine sehr bewegte politische Vergangenheit hinter sich. Sie war erst sozialdemokratische, dann kommunistische Reichstagabgeordnete und hat seinerzeit ihren Übertritt durch eine Broschüre, die sie an die sozialdemokratischen Arbeiter richtete, bekanntgegeben. Nach der Machtergreifung Hitlers vollzog sie einen weiteren Gesinnungsumschwung. Nachdem sie sich vorübergehend in Dänemark noch als kommunistische Emigrantin aufgehalten hatte und wegen aktiver politischer Beteiligung ausgewiesen worden war, kehrte sie nach Deutschland zurück. Eine Zeitlang hörte man nichts von ihr, sie tauchte erst wieder während der Saarabstimmung auf, als sie über den Frankfurter Sender eine patriotische Rede an die Saarbevölkerung hielt. Man will sogar wissen, daß Frau Reese, die selbstverständlich über eine große Personenkenntnis verfügt, gegenwärtig im Dienste der Polizei steht.

## Zwei Angehörige der Schwarzen Front verurteilt.

Berlin, 17. Juni. Der Volksgerichtshof in Berlin hat die Angehörigen der illegalen Organisation Otto Strassers, der sogenannten Schwarzen Front, zu Zuchthausstrafen von 8 und 3 Jahren verurteilt. Sie hatten Propagandamaterial der Schwarzen Front aus der Tschechoslowakei nach Deutschland geschmuggelt. In seiner Anklagedeckung wies der Staatsanwalt auf die große Gefahr hin, die die Bewegung Otto Strassers darstelle.

## Schädigung des Ansehens der Reichsregierung.

In Braunschweig ist, wie die "Frankfurter Zeitung" meldet, ein Angeklagter wegen eines Briefes, in dem er sich über Mißhandlung im Konzentrationslager beschwert, zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Mann war früher Mitglied des "Reichsbanners" und der Sozialdemokratischen Partei gewesen. 1933 trat er der NSDAP und der SA bei, was ihm aber offenbar nicht ersparte, daß er später irgendwie doch ins Konzentrationslager kam. In der Folge wurden ihm Neuferungen vorgeworfen, die das Ansehen der Reichsregierung schädigten, und als er deswegen verhaftet wurde, trug er einen Brief auf sich, in dem er schrieb, er sei im Konzentrationslager schweren Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Der Staatsanwalt erklärte, daß der Angeklagte durch den Brief allein schon genügend überführt sei, und das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren. Das Urteil beweist, daß bei bloßer Mitteilung über bestimmte häufige Verkommnis in Konzentrationslagern der Tatbestand einer Schädigung des Ansehens der Reichsregierung als erfüllt betrachtet wird.

## Russisches Bürgerrecht für deutsche Kommunisten.

Eine Anzahl deutscher Kommunisten, die von der Reichsregierung ausgebürgert worden sind, haben bei der Sowjetregierung um die Verleihung der russischen Staats-

angehörigkeit nachgesucht. Einem Teil der in Deutschland Ausgebürgerten, darunter dem ehemaligen Regisseur der Berliner Volksbühne, Erwin Piscator, ist das russische Bürgerrecht verliehen worden.

## Keine Beziehungen der Schweiz zur Sowjetunion.

Ein kommunistischer Antrag im Nationalrat abgelehnt.

Bern, 17. Juni. Der Nationalrat lehnte bei Beratung des bundesrätlichen Geschäftsberichts einen Antrag, in dem der Bundesrat aufgesfordert wird, seine Haltung gegenüber Sowjetrußland zu überprüfen und Schritte zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Moskau einzuleiten, ab.

## Keine Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion

Zum erstenmal seit dem Bestehen des Internationalen Arbeitsamtes ergriff auf der zur Zeit in Genf tagenden Arbeitskonferenz ein Vertreter der Sowjetregierung Dr. Marinus das Wort, der erklärte, daß seit fünf Jahren die Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland vollständig verschwunden sei und daß alle Bürger, sowohl die Arbeiter als die Bauern und Gewerbetreibenden, zur Zeit eine Beschäftigung besäßen. Durch die systematische Industrialisierung des Landes sei mehr Menschen Arbeit verschafft worden. Die Verarmung des Bauernstandes sei durch die Schaffung der Kolchosen behoben und auf diese Weise auch der Zustrom von Bauern nach den Städten verhindert worden. Die Zahl der Ingenieure und Techniker sei von 100 500 im Jahre 1928 auf 408 000 im Jahre 1934 gestiegen. Im Jahre 1927 sei die Arbeitszeit auf sieben Stunden angehoben worden. Zum Schlus erklärte der Vertreter der Sowjetunion, daß die breiten Massen der Bevölkerung dem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft ihre ganze Energie zuwenden.

## Kommt die Gewerkschaftseinheitsfront in Frankreich?

Die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Paris, 17. Juni. Der sozialistische Gewerkschaftsverband (Confédération générale de travail) hat nunmehr den Beschlus gefaßt, die Verhandlungen mit dem kommunistischen Gewerkschaftsverband über die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheitsfront wieder aufzunehmen, nachdem die kommunistischen Gewerkschaften gewisse Forderungen, an denen die Verhandlungen vorerst gescheitert waren, fallen gelassen haben.

## Reaktionäre Verfassungspläne in Spanien

Der spanische Ministerrat genehmigte den Entwurf zu einer Verfassungsänderung. Die Vorlage soll im Herbst von den Cortes behandelt werden. Es sind u. a. folgende Änderungen vorgesehen: Errichtung einer zweiten Kammer, Änderung der Bestimmungen über die Einschränkung der Tätigkeit der religiösen Orden, Revision des Artikels über die Ehescheidung, Beschränkung der parlamentarischen Rechte auf dem Gebiete des Ausgabewesens, Beschränkung der Befreiungen des Präsidenten der Republik und des Verfassungsgerichtshofes.

## König Karl fährt nach Paris und London.

Paris, 17. Juni. "Journal de Geneve" berichtet aus Bukarest, daß Außenminister Titulescu gegenwärtig einen Besuch König Karls in Paris und London vorbereitet.

## Lodzer Tagesschau.

### Sonderbares im Loder Stadtrat.

Verschiedenfach wird behauptet, daß es im Stadtrate keine einzige Fraktion gäbe, die für das Budget stimmen will. Von vornherein stand fest, daß die Sozialisten gegen das Budget stimmen werden. Und das mit recht, denn man kann billigerweise von einer Arbeiterverteitung nicht verlangen, daß sie einem Budget zustimmt, in welchem die meisten Positionen der öffentlichen Wohlfahrt und des Gesundheitswesens beschnitten, hingegen den Besitzenden Geschenke gemacht wurden und das umso weniger, als sämliche Verbesserungsanträge bei den bürgerlichen Fraktionen taube Ohren fanden. Doch auch die bürgerlichen Fraktionen wollen in den sauren Apfel nicht beißen, denn der Apfel ist für alle sauer. Die Sanacja fühlt sich schwer gekränkt, da Subsidien, wie die für den Bau des Piłsudskihauses, für die Vaterlandsverteidiger und die Anträge auf Erhöhung der Subsidien für die militärische Vorbereitung, für die Feuerwehr usw. abgelehnt wurden. Obwohl sie, trotz des neuen Wahlrechts eigenen Fabrikats, bei den Stadtratwahlen eine „glänzende“ Niederlage erlitten hat, fühlt sie sich doch als „ausserwähltes“ Volk und empfindet eine Ablehnung ihrer Parteiwünsche als ein Vergehen an der Schöpfung. Es ist ein läblicher Lokalpatriotismus, der die Loder Sanacija veranlaßt, sich mit allen Kräften dagegen zu wehren, daß Lódź nicht eine sanaciatreue, sanacijosame Stadt ist. Das mindert ihre Bedeutung, ihre Prestige innerhalb der herrschenden Partei. Und das ist für die Sanacija traurig, denn es zählt zu den guten Sitten und Gebräuchen der Sanaciatreter, daß sie einem Budget wie einem Gottesgebot zustimmen. Sie sind es in Polen nicht mehr gewöhnt, einem Budget nicht zustimmen zu können. Und doch trifft dies ein. Und wo? — In Lódź, das durch Auflösung der sozialistischen Verwaltung und Einsetzung eines Kommissars „mit einem Schlag“ erobert wurde, in welchem man die Arbeiterschaft aus allen Positionen verdrängte, in Lódź, wo man sich, allbeherrschend, selbstherrlich fühlte.

Und unter welchen sanacjawidrigen Umständen spielt sich das alles ab? Man denke doch: Wenn die Sanacija gegen das Budget stimmt und mit ihr die jüdischen Anhänger Minzbergerscher oder Bialerscher Richtung, dann kann die Stadt ohne Budget bleiben. Ist so etwas sanatorisch? Verlangt nicht die Regierung, daß in erster Reihe das Budget erledigt wird? Ist es nicht ein böses Beispiel oder eine Gutheizung der Taktik der Budgetverweigerer, wenn man selbst dem Budget nicht zustimmt, weil die eigenen Parteiwünsche nicht erfüllt wurden? Meine werten Herren Sanatoren, wäre das nicht die sogenannte Parteiwirtschaft, gegen die man selbst eine Inquisition eingeführt hat?

Gewiß, es gäbe dann noch einen Ausweg, indem bei einem Stimmenverhältnis von 35 polnischen und einem deutschen Nationalisten, zusammen also 36 Stimmen, die für das Budget fallen würden, und 36 Stimmen aller übrigen Fraktionen, der Regierungskommissar mit seiner Ja-Stimme das Budget retten würde. Bitte nicht lachen. Es sollte doch selbstverständlich sein, daß ein Regierungskommissar ein gefährdetes Budget rettet. Er ist doch nicht Partei, er soll es doch nicht sein!

Man weiß bisher nicht einmal mit Sicherheit, ob die polnischen Nationalisten und dann auch der Deutschbürgerliche Kahlert für das Budget stimmen werden. Ist ihnen doch ein so schweres „nationales Unglück“ geschehen, wie die Annahme der Subventionen für das städtische polnische Theater. Und wie sollen sie für das Budget stimmen, daß zu neunzig Prozent in ihrem Sinne „ausgefallen“ ist, das aber ein Regierungskommissar verwirkt wird, ein Kommissar, den nicht sie bestimmt hat? Wie sollen sie für das Budget stimmen, wo man sie hartnäckig von der zwar mageren aber immerhin erwünschten Futterkrippe fernhält?

Werden wir das Schauspiel von zweihundertzig Neinsagern bei der nächsten endgültigen Abstimmung erleben? Wahrscheinlich, ein „erhebendes“ Schauspiel. Schade nur, daß die Loder Arbeiterschaft, die sich diese Suppe eingebrockt hat, sie nun auch — und nicht zu billig — bezahlt!

### Lodz auf der Suche nach Investitionskrediten.

Wie berichtet, beabsichtigt der Regierungskommissar der Stadt Lódź die Aufnahme einer Anleihe von 10 Millionen Zloty. Darauf wird die heute stattfindende Stadtverordnetenversammlung beschließen.

Außerdem unternimmt die Loder Stadtverwaltung erneut Bemühungen um Zuverkennung weiterer Kredite aus dem Arbeitsfonds zur Führung der öffentlichen Arbeiten in Lódź. U. a. will die Stadtverwaltung einen Kredit von 2 Millionen Zloty zur Führung der Kanalisations- und Wasserleitungarbeiten erlangen. Diese Bemühungen haben schon teilweise Erfolge gezeigt, indem der Arbeitsfonds der Stadt Lódź bereits gewisse Kredite über das bisherige Maß hinaus zuerkannt hat. In dieser Angelegenheit begibt sich heute eine Delegation der Stadtverwaltung nach Warschau. (a)

### Im Brunnenschacht verschüttet.

Auf dem Grundstück Inflanckastraße 16 des Besitzers Stanisław Bernaczek wird zur Zeit ein Brunnen gebohrt, der bereits eine Tiefe von 15 Metern erreicht hat. Als gestern der 40jährige Arbeiter Gustaw Just (Jerzego Nr. 14, Valuty) sich im Brunnenschacht befand, um Betonröhren in Empfang zu nehmen, ließen die Stützen des Brunnenschachtes plötzlich nach und der Arbeiter wurde verschüttet. Es wurde sofort die Feuerwehr und Rettungsbereitschaft alarmiert. Feuerwehrmänner nahmen sich energisch zur Arbeit, jedoch konnte erst nach langen Bemühungen der Verunglücks nur noch als Leiche geborgen werden. (p)

### Der Konflikt in der keramischen Industrie.

Gestern fand im Loder Arbeitsinspektorat eine Konferenz in Sachen des Konflikts in der keramischen Industrie statt. Erschienen waren die Vertreter der Parteien, die ihre Vorstellungen bekanntgaben. Da der Wunsch geäußert wurde, sich mit den Bedingungen der Gegenseite näher befamtmachen, wurde die Konferenz abgebrochen.

### Steuererleichterung für Handwerker.

Auf Bemühen des Verbandes der Handwerkerkammern hat das Finanzministerium eine Anordnung erlassen, im Sinne welcher die Lieferung von Erzeugnissen eigener Fabrikation durch die Handwerker nicht als besonderes Unternehmen betrachtet werden soll. Erzeugnisse diese Art unterliegen demnach auch nicht einer besonderen Umsatzsteuer. Auch ist hierfür der Auskauf eines besonderen Gewerbescheines nicht erforderlich. (a)

### Personliches aus dem Arbeitsinspektorat.

Gestern hat der Bezirkarbeitsinspektor Ing. Włodzimierz Popławski seinen Erholungsaurlaub angetreten. Er wird vom Inspektor Ing. Rukiewicz vertreten. (a)

### Die Aushebung des Jahrganges 1914.

Morgen, Mittwoch, haben sich die Rekruten — wie folgt zur Musterung einzufinden: Vor der Aushebungskommission Nr. 1 in der Pierackistraße 18 die der Kategorie B zugewiesenen Militärfähigen des Jahrganges 1913 aus dem Bereich des 3. Polizeikommissariats, deren Namen mit den Buchstaben D E F G H I J K L M N und O zu melden. (a)

## Der Weg B. Weinberg

zum Wohlstand  
führt durch ein Los zu erworben  
in der Kollektur

Petrilauer 42  
" 163  
" 317

### Schwerer Verkehrsunfall.

In der Polkastraße in Chojny ereignete sich ein schwerer Unfall. Der 9jährige Zbigniew Werner geriet unter einem von dem Joie Czarnecki geleiteten Kraftwagen. Der bedauernswerte Knabe erlitt hierbei einen Schädelbruch sowie einige Rippenbrüche. Er wurde in kostungslosen Zustand ins Krankenhaus geschafft. Der Kraftwagenlenker wurde festgehalten. (a)

### Wegen Fälschgeldverbreitung verurteilt.

Vor dem Loder Bezirksgericht hatten wegen Fälschgeldverbreitung sich zu verantworten: der 31jährige Josef Popławski, dessen 34jährige Frau Leokadia und dessen 35jähriger Bruder Franciszek Popławski, alle in Pabianice, Sienkiewicza 9, wohnhaft. Der Angelegenheit lag folgender Sachverhalt zugrunde: Die Leokadia Popławski versuchte in dem Geschäft des Adolfo Schmidtke in Pabianice, Kilińskastraße 27, eine falsche 10-Zlotymünze auszugeben. Dieser Betrugversuch wurde erkannt und die Frau troz eines Fluchtversuchs festgehalten. Fast zu gleicher Zeit wurde Franciszek Popławski festgehalten, als er in einem Zwischenfall ebenfalls eine falsche 10-Zlotymünze ausgeben wollte. Die auf der Polizei vernommene Frau sagte aus, die falsche Geldmünze von ihrem Mannen Josef erhalten zu haben, welcher wiederum erklärte, daß Fälschkat von seinem Bruder Franciszek erhalten zu haben. Es erwies sich, daß Franciszek kurz zuvor ein Fahrzeug verkauft hatte und dafür falsche 10-Zlotymünzen in Zahlung bekam, die er dann auszugeben suchte. Im leichten Verlust zu erleiden. Das Urteil lautete für Franciszek Popławski und die Leokadia Popławski auf je ein Jahr Gefängnis und für Josef Popławski auf 6 Monate Gefängnis. (a)

### 15jähriger wegen Kommunismus verurteilt.

Am 27. November 1934 wurde der 15jährige Włodzimierz Szapiro beim Ausleben eines kommunistischen Werbeplatzes festgenommen, während seine Kameraden flüchteten. Szapiro wurde der kommunistischen Beteiligung angeklagt. Im Prozeß vor dem Loder Bezirksgericht bekannte er sich nicht zur Schuld, doch wurde diese als erwiesen angesehen. Der Bürge wurde zur Unterbringung in eine Besserungsanstalt verurteilt, wobei ihm eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zugesprochen wurde. (a)

wo bei den letztenziehung imponierend  
Gewinne fielen, wie:

250 000 auf № 35 538; 100 000 — № 89 650;  
2 × 50 000 — № 115 887, 125 629; 20 000  
№ 142 884; 3 × 10 000 — 79 145, 35 335,  
176 303 u. viele Gewinne zu 5000, 2000 u. 1000.

Eile! Heute schon liegt ein Los bei uns.

## Aus dem deutschen Gesellschaftsleben

### Das St. Matthäi-Gartensefest am Sonntag

Der Sielanka-Park in der Pabianickastraße hatte wohl selten eine so große Besucherzahl aufzuweisen, wie dies am Sonntag anlässlich des Gartenfestes zugunsten der armen Greise und zur Abtragung der Baufälligkeit der St. Matthäigemeinde der Fall gewesen ist. Das Fest wurde durch das prächtige Sommerwetter in hohen Maße begünstigt und nahm daher einen sowohl für die Veranstalter als auch für die Besucher zufriedenstellenden Verlauf. Das Festprogramm war sehr reichhaltig, wobei die gesanglichen Darbietungen von nicht weniger als fünf Chören beschriften wurden. Das Programm der Feier wurde durch den Bojsenchorverein „Jubilate“ mit der Jubelfansfare von Steinbeck eingeleitet. Herr Pastor Adolf Löffler hielt an die Festbesucher eine Ansprache, wobei auch des Marthalls Pilsudski ehrend gedacht wurde. An den zu einem wahren Gefangenwettstreit gewordenen gesanglichen Darbietungen beteiligten sich folgende Chöre: Kirchengesangverein zu St. Matthäi (Leitung Bruno Arndt), Frauenbundchor (Leitung A. Kleebau), Jugendbundchor (Leitung St. Effenberg), „Dombrowa“ (Leitung E. Kowalski) und „Zoar“ (Leitung R. Bräutigam). Im Garten selbst war für vielerlei Berstreuung reichlich gesorgt worden: Scheiben- und Sternschießen, Glückssrad und eine große Wandlotterie boten reichlich Gelegenheit, das Glück in manngerichter Art zu versuchen. Auch der Kleinen war gedacht worden, indem der bei derartigen Veranstaltungen bereits obligatorisch gewordene Kinderumzug mit anschließendem Ballonaufstieg stattfand. Auch die „Magenfrage“ war auf dem Fest durch eine eingerichtete Konditorei und ein Buffet in zufriedenstellender Weise gelöst worden, wobei selbst das besonders von den Kleinen vielbegehrte Eis nicht fehlte. Das so gut gelungene Fest dürfte auch einen recht nennenswerten Reinertrag ergeben haben, womit auch sein Zweck erfüllt sein dürfte.

### Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Lodz-Zentrum. Mittwoch, den 19. Juni, Sitzung des Vorstandes und Vertrauensmänner.

Lodz-Süd. Dienstag, den 18. Juni, Vorstand und Vertrauensmännerversammlung.

### Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

K. Leinwebers Erben, Plac Wolności 2; J. Hartmanns Nach., Mlynarska 1; W. Danielski, Petriflauer 127; L. Perelman, Cegielniana 32; J. Cymmer, Wilczak 37; F. Wojeckis Erben, Napierkowski 27.

# Nus der Wojewodschaft Schlesien.

## Oberschlesien.

Nachwirkungen der Desfrauadation in der Handelsbank.

Große Sensation hat seinerzeit die Desfrauadation von 300 000 Tschenkronen in der Internationalen Handelsbank in Kattowitz hervorgerufen. Der ungetreue Kassierer Alfred Füllbier aus Siedlitz, der neben dem genannten Betrage auch noch 180 Gulden und 10 amerikanische Dollar mitgehen hieß, ist nach kurzer Zeit von der Polizei in den Bielitzer Bergen gestellt worden und dient jetzt seine Militärzeit ab, so daß das Gerichtsverfahren gegen ihn ausgesetzt ist. Die angeblichen bösen Geister Füllbers waren ein gewisser Glowoz und Drobczik aus Siedlitz, die ihn zu einem Raub überredeten und auch angebliche Pläne vorbereiteten, wobei Drobczik die Personalausweise bezw. Pässe besorgen sollte. Füllbier will sich gegen diese Pläne gewehrt haben, aber man drohte ihn mit Anzeige bei der Bank selbst, so daß er eines Tages mit den genannten Beträgen verschwand, um sich in den Bielitzer Bergen bei Häuslern aufzuhalten, bis ihn die Polizei erwischte. Hierbei waren ihm bei der Besorgung von Kleidungsstücken die Brüder Martow behilflich, während ihn die Häuslerin Faslonko in einem Ziegenstall Unterkunft gewährte. Nun standen die Hälter vor Gericht, die auch bis auf Drobczik geständig und verurteilte Drobczik und Glowoz zu je 6 Monaten und die Brüder Martow und Frau Faslonko zu je 4 Monaten Gefängnis unter Zustimmung einer Bewährungsfrist von 4 Jahren. Die Verhandlung gegen Füllbier wird gesondert geführt werden.

### Eine Union der polnischen Angestelltenverfahrt.

In Kattowitz tagten am Sonntag fast sämtliche polnische Angestelltenverbände, die die Bildung einer engen Union ins Leben riefen. Ein besonderer Gewerkschaftsrat der Angestellten für die Wojewodschaft Schlesien ist damit in Kraft getreten. An den Verhandlungen nahmen auch Vertreter aus Warschau und der hiesigen Behörden teil. In den Vorstand der Union wurde als

### Auf zur Sonnenwendfeier!

Partei, Arbeiterjugend und Kulturorganisationen veranstalten am Donnerstag, dem 20. Juni, ab vormittags 9 Uhr, im Balzener Wald am Steinbruch ein

Vorstander L. Maciejewski gewählt, zum 1. Vizevorsitzenden Cerlinger, zum 2. Vizevorsitzenden Goretiewicz, als Sekretär Dr. Gawlik, zu seinem Stellvertreter Kołodziej und als Schatzmeister Kamienski. Außerdem wurden in den erweiterten Ausschuß 9 Personen gewählt.

### Wieder ein Pleß-Direktor verurteilt.

Wie die polnische Presse zu berichten weiß, ist auf dem Administrationswege der Direktor und Vorsitzende der Pleßschen Knappshälfte Dr. Ronz zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Dr. Ronz wird zur Last gelegt, daß er Beträge zur Knappshälfte, die den Arbeitern abgezogen worden sind, nicht rechtzeitig der Knappshälfte überwiesen habe und dadurch dieses Sozialinstitut um etwa 100 000 Zloty geschädigt worden sei. Er mußte sich der Tragweite dieser Handlung bewußt sein, da er selbst Jurist sei und obendrein auch noch Vorsitzender des Pleßschen Knappshälfte war, dessen Interessen er wahrzunehmen hatte. Dr. Ronz hat gegen dieses Urteil Rechts eingelegt, worauf die polnische Presse besonders hinweist, da man glaubt, daß bei den Gerichtsverhandlungen noch andere "Malversationen" an die Öffentlichkeit kommen werden. Man betont bei dieser Gelegenheit, daß die Finanzskandale bei Pleß noch keineswegs abgeschlossen seien und man noch mit Überraschungen zu rechnen habe.

### Zwei Jahre Gefängnis für den altkatholischen Pfarrer Kostorz.

Seit Jahren wurde von der Kurie ein stiller Kampf gegen die altkatholische Kirche in der Wojewodschaft geführt, die sich einige Zeit hindurch in Arbeiterkreisen großer Beliebtheit erfreute, nachdem die sogenannten altkatholischen Pfarrer sich ziemlich heftig gegen die heutigen Zustände in der römisch-katholischen Kirche wandten und an dieser Art Religion ziemlich offene Kritik übten. In einzelnen Landgemeinden und in Kattowitz selbst war der Zustand oft so groß, daß die Behörden eingreifen mußten. Besonders hat man es auf den angeblichen Pfarrer Kostorz aus Siedlitz abgesehen, der früher einmal Lazaritusleger war, aber recht radikal auftreten konnte und zuweilen in seinen Predigten noch den Kommunisten selbst Konkurrenz zu machen verstand. Leider war dieser angebliche Pfarrer ein ziemlich leichter Mensch, der auch gern "einen habt", wie das so zur Stimmung bei kleinen Leuten gehört. Er behauptete bei wiederholten Gerichtsverhandlungen, seine Priesterwürde durch den altkatholischen Bischof erhalten zu haben, dieser wiederum sei von den Ministerien anerkannt und damit trage er zu Recht seine "geistliche Würde". Es hat auch Jahre gedauert, bis schließlich Kostorz auf seiner "geistigen Bahn" mehr

und mehr entgleiste, Chen schloß und wieder Scheidungen vollzog, ja sogar kirchliche Dokumente angeblich fälschte.

Dieser altkatholische Pfarrer stand nun wegen einer Reihe von Vergehen vor Gericht, welches ihn, nachdem er schon eine Reihe von administrativen Strafen über sich ergehen lassen mußte, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte, wobei ihm jedoch eine Bewährungsfrist von vier Jahren gewährt wurde. Mit Kostorz zusammen blieb die gleiche "geistige Würde" ein gewisser Mansfeld aus, der zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt, wobei ihm die gleiche Bewährungsfrist von 4 Jahren zuerkannt wurde. Gegen Kostorz schwelt noch ein weiteres Verfahren wegen Veruntreuung von Subventionen.

In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß Kostorz die Naivität seiner Mitmenschen angenehmt habe, um sich selbst persönliche Vorteile zu erschleichen. Nun, die Kurie kann beruhigt sein, Kostorz und Mansfeld sind gestellt, aber die Naiven sind geblieben, die doch nicht ganz an das Heil der einzigen katholischen Kirche glauben und doch lieber den radikalen Tonarten der Kostorz und Genossen folgen. Und die Konkurrenz des Kostorz geht nicht zugrunde, dafür sorgen die heutigen miesischen Verhältnisse, die man als einen von Gott gewollten Zustand preist, in Wirklichkeit nur Ausartungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind, und auf diesem Wege. Die Polizei konnte die Täter bisher nicht ermitteln.

**Schwientochlowitz.** Zwei faulige Schneider, die seit einiger Zeit eine Reihe von kleinen Venen betrogen haben, legte die Polizei das Handwerk. Sie sammelten Stoffe zur Verarbeitung und Kleidungsstücke zum Umarbeiten gegen sehr billige Angebote und verschwanden dann mit ihrer Beute, ohne etwas von sich hören zu lassen. Die Polizei hat nun die beiden Betrüger Paul und Moses Olmer dem Gefängnis überliefern. Der Sachschaden, den die Betrüger anrichteten, beträgt einige tausend Zloty.

**Kattowitz.** Wahnsinnige Diebe drangen dieser Tage über das Dach eines anderen Hauses am Gesinde entlang in das offene Fenster einer Wohnung auf der Piaststraße, entwendeten, neben etwas Bargeld, eine Reihe von Gegenständen und eine Silberuhr und verschwanden wieder auf diesem etwas ungewöhnlichen Wege. Die Polizei konnte die Täter bisher nicht ermitteln.

### Bielitz-Biala u. Umgebung.

Die Polizeidirektorschau Kleczek wieder auf der Bildfläche.

Vor zwei Jahren mache ein Prozeß, der gegen die Frau des gewesenen Polizeidirektors Kleczek und ihren Verwandten namens Golosadec geführt wurde, in Bielitz-Biala großes Aufsehen. Bekanntlich handelte es sich damals um große Geldbeträge, die von den Genannten von verschiedenen Stadtgruppen unter falschen Vorstellungen herausgelockt wurden. Von diesem Gelde mußte Frau Kleczek den Teil, der bei ihr noch gefunden wurde, an die Geschädigten zurückzahlen.

Zeit ist diese Frau Kleczek in Bielitz wieder aufgetaucht und versucht wieder auf leichte Weise zu Geld zu kommen. Sie geht zu den Personen, denen sie früher Geld herausgelockt hatte und behauptet, daß sie denselben zuviel Geld zurückgegeben hätte. Sie fordert jetzt nachhaltige Beiträge zurück. Sie hat es vor einiger Zeit mit einem Großindustriellen ver sucht, von dem sie 600 Zloty zurückverlangte. Eine Frau Marie Kobylanska klage die Kleczek sogar auf Rückzahlung von 6600 Zloty, die sie angeblich zuviel ausgezahlt habe.

Über diese Frage wurde am Freitag vor der Zivilabteilung des nach Biala delegierten Wadowitzer Kreisgerichts verhandelt. Der Vertreter der Bellagten führte aus, daß die Frau Kleczek mit dem Beamtengehalt nicht auskommen kann und daher Geschäfte machen müsse. Sie lud die Frau Kobylanska ein, sich an einem Buttergeschäft zu beteiligen, woran man 1 Zloty per Kilogramm verdienen kann, und ihr Geld zum Einkauf der Butter zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich erhielt sie einen Betrag von 5930 Zloty, den sie in Raten wieder abzahlte. Frau Kleczek behauptet aber, daß sie ihr 12 000 Zloty zurückgezahlt hätte. Im Hinblick auf das reichhaltige Material, das dem Gerichte vom ersten Prozeß vorlag und die Frau Kleczek ziemlich belastete, wurde das Verfahren eingestellt.

### Tagesneuigkeiten.

**Beim Brunnenbau verunglückt.** Durch eigene Unachtsamkeit erlitt ein gewisser Kussel Albert beim Brunnenebau in Kamitz einen Unfall, indem ihm ein Zementrohr auf die linke Hand fiel und ihm dadurch zwei Finger zerquetscht wurden.

**Eine Uhr verloren.** Auf der Polizei meldete die in Bielitz wohnhafte Marie Kuttermann, daß sie am Freitag, dem 14. Juni, auf der 3. Maistrasse ihre goldene Damenuhr verloren hat. Sie erleidet hierdurch einen Schaden von 100 Zloty.

**Festgenommener Einbrecher.** Dem Dzierdziczer Postzeitpon gelang es, den belannten Einbrecher Johanna Bryzla festzunehmen. Ihm wird zur Last gelegt, am 28. Mai d. J. einen Einbruch bei M. Grumberg in Dzierdzic verübt zu haben, bei welchem er eine Uhr und Bargeld erbeutete. Ein Teil des Diebesgutes konnte abgenommen und dem Geschädigten zurückgestellt werden. Bryzla wurde in das Bielitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert.

**Altbielitz.** Die für Donnerstag, den 20. Juni I. J., jährlich gemessene Vorstandssitzung des Wahlvereins "Vorwärts" findet wegen des Feiertages nicht statt. Nächste Sitzung am Donnerstag nach dem 15. Juli I. J.

### Von der Bielitzer Familienschule.

Die Einschreibungen in die Familienschule finden vom 15. bis 17. Juni täglich von 10 bis 12 sowie von 17 bis 19 Uhr in der Kanzlei der Anstalt, Kozieliec 7, Hofgebäude 1. Stock, statt. Die Anmeldungen der Schülerinnen kann nur durch die Eltern oder deren gesetzliche Stellvertreter (auch schriftlich) erfolgen. Neu eintretende Schülerinnen haben dabei den Tauf- und Geburtschein und das letzte Schulzeugnis vorzuweisen. Für die Aufnahme in die erste Klasse ist die Vollendung des 14. Lebensjahres, also Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht, sowie der Nachweis der Kenntnisse einer 7. Volkschule oder 3. Bürgerschule erforderlich. Zur Aufnahme in die 2. Klasse ist das entsprechende höhere Alter nötig und unter Umständen wird eine Aufnahmeprüfung verlangt. Alle Schülerinnen, die den Unterricht besuchen wollen, müssen vor den Ferien eingeschrieben werden, also auch die Mädchen, die die Schule schon besucht haben. Als Einschreibebühr wird 5 Zloty zu entrichten, als Lehrmittelbeitrag 10 Zloty.

### Deutscher Sozialistischer Jugend-Bund.

Die Ortsgruppe Kattowitz des DSJB veranstaltet am Sonntag, dem 23. Juni, abends 8 Uhr, im Saale des Centralhotels eine außerordentliche

### Mitgliederversammlung

zu welcher auch Gäste herzlich eingeladen sind.

Erstehen auch Da puntlich! Der Ortsvorstand.



